

Stadt Leverkusen
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

FRAKTION LEVERKUSEN

Friedrich-Ebert-Straße 96
51373 Leverkusen
Telefon: 02 14 / 406-87 20
Telefax: 02 14 / 310 07 22
info@cdufraktion-lev.de
<http://cdufraktion-lev.de>

Unser Zeichen: dip / te

Leverkusen, 21. März 2016

KPMG-Gutachten „Optimierungspotenziale der KulturStadtLev (KSL)“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach einer ersten Analyse des KPMG-Gutachtens „Optimierungspotenziale der KulturStadtLev“ durch unsere Fraktion erlauben wir uns nachfolgende Stellungnahme abzugeben.

Zugleich möchten wir darum bitten, die darin enthaltenen Fragen beantworten zu lassen. Wir haben uns dabei im wesentlichen auf die Teilbetriebe Museum, Kulturbüro und Musikschule fokussiert.

Generelle Anmerkung:

KPMG wurde durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW mit der Erstellung des Gutachtens beauftragt. Wir gehen davon aus, dass zumindest Vorgaben für eine zugrunde liegende Leistungsbeschreibung der GPA durch die Verwaltung der Stadt Leverkusen erfolgt sind. Diese Vorgaben bitten wir der Politik vorzulegen.

Museum Morsbroich:

S. 28, Tabelle 6:

Ausweislich dieser Tabelle liegt der Kostendeckungsgrad für das Museum gem. Ergebnis von 2013 bei immerhin 38,5 %. Leider fehlen für die Jahre 2014 und 2015 (letzteres dürfte ja zwischenzeitlich zu ermitteln sein) die entsprechenden realen Ergebnisse.

Den Prognosen zufolge soll der KD-Grad stark rückläufig sein, wie in allen anderen Teilbetrieben auch.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären ist und warum fehlt zumindest das Ergebnis für 2014?

S. 41:

Der Sanierungs- und Instandhaltungsbedarf wird für die Jahre 2015 bis 2019 auf 95.795 € veranschlagt. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Ausweislich des zugrunde zu legenden Weißbuchs beträgt dieser Bedarf in dem Zeitraum ca. 622.000 €.

Wie ist dieser offensichtliche Fehler zu erklären?

S. 42/43:

Zwischenzeitlich liegen die aktuellen Besucherzahlen für das Jahr 2015 vor. Demzufolge sind dies insgesamt 16.500 Personen, davon rund 6.300 mit Eintritt und etwa 1.700 (!) Schüler. Damit unterstreicht das Museum seine Bedeutung als Bildungsstätte.

Nach unseren Informationen werden für das laufende Jahr 20.000 Besucher angestrebt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Größe des Gebäudes und der Ausstellungsfläche eine Obergrenze zu verkraftender Besucher postuliert. Dies sind 25.000 Personen pro Jahr.

Die Aussage im Gutachten, wonach das Museum in 2015 an 312 Tagen geöffnet gewesen sei, entspricht nicht der Realität. Es sind vielmehr 255 Öffnungstage zugrunde zu legen. Dies hätte nach unserer Überzeugung durch eine einfache Nachfrage bei der Museumsleitung geklärt werden können und musste nicht auf Basis einer Annahme erfolgen.

Dadurch erhöht sich der Anteil zahlender Besucher pro Öffnungstag von etwa 19 auf rund 25.

Ist unsere Rechnung so korrekt?

Im Übrigen: Was die Zuschussfrage anbelangt, so ist der „Zuschussbedarf“ (2014: 1.066.000,00 Euro) unseres Erachtens auf alle 13.502 Besucher/innen (2014) anzuwenden und keineswegs nur auf die „zahlenden Besucher“. Dass zum Beispiel Schüler/innen oder Besucher bei Ausstellungseröffnungen keinen Eintritt zahlen, ist bisher aus guten Gründen so gewollt gewesen, diese Besucher erhalten somit einen Vollzuschuss.

Im Ergebnis liegt der Zuschussbedarf je Besucher dann nicht bei 181,- Euro, sondern bei 79,- Euro.

S. 44/45/46:

Bei der Beschreibung der Kosten- und Erlösstruktur wird zwar „auf den wichtigen Beitrag“ des Museumsvereins verwiesen, die insgesamt jährlich erbrachten Spenden und Sponsorengelder in erheblicher und außergewöhnlicher Höhe (zwischen Minimum 250.000 € und rund 500.000 €) werden leider nicht erwähnt.

Hinzu kommt der dauerhaft zu unterlegende Geldwert der Leistungen der immerhin etwa 30 ehrenamtlich Tätigen (Museumshop / Museum).

Hier zeigt sich jedoch ein sehr umfassendes bürgerschaftliches Engagement für das Museum, was nur durch hohe Bedeutung des Museums und die Identifizierung mit dem Museum zu erklären ist.

Wie ist das Spenden- und Sponsorenengagement zu bewerten, vor allem im Hinblick auf eine beabsichtigte Schließung des Museums?

S. 46:

Wir halten es für – gelinde gesagt – vermessen seitens KPMG, mit Verweis auf die sicherlich erfreulich dichte Kulturlandschaft in unserer Region, vor allem in Köln und Düsseldorf, zu dem Schluss zu kommen, das Museum Morsbroich sei verzichtbar. Auch die unterstellte Konkurrenzsituation kann nicht nachvollzogen werden.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Stadt Leverkusen verfügt lediglich über dieses eine Museum von überregionalem Rang und dieses muss eher gestärkt als geschwächt oder gar geschlossen werden. Gerade in einer jungen Metropole wie Leverkusen, mit einer sehr kurzen Stadthistorie, die vornehmlich als Industrie- und Sportstandort wahrgenommen wird, gilt es, diese bedeutende kulturelle Einrichtung zu erhalten. Der dem Museum seitens der Kulturlandschaft zugewiesene Rang, z.B. als Museum des Jahres in Deutschland, zeigt, dass sich diese Einrichtung, eine Konkurrenzsituation unterstellt, offenbar sehr gut behaupten kann.

Ein weiterer Hinweis sei gestattet: Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass KPMG Kultursponsoring in Düsseldorf betreibt mittels Zusammenarbeit mit der Kunstsammlung NRW (in der Reihe KPMG-Kunstabende wird jeden ersten Mittwoch im Monat ab 18.00 Uhr ein abwechslungsreiches Programm mit verschiedenen Themenführungen und Veranstaltungen bei freiem Eintritt präsentiert) erhält die Handlungsempfehlung einer Schließung des Museums ein gewisses „Geschmäckle“.

S. 49 und S. 79 ff:

Nicht nachvollziehbar sind Aussagen zu den Depoträumen.

Diese sind „nicht klimatisiert“ und so „können wichtige Kunstwerke nicht angenommen werden, da das Risiko besteht, dass Werke dort Schaden nehmen“. Ferner seien die Bedingungen in den Depots „suboptimal“ (S. 49) . Im weiteren Verlauf kommt man im Gutachten aber zu der Formulierung, dass „ die Hauptdepots durch ihre Lage in den Kellerräumen natürlich gekühlt und in etwa gleichmäßig temperiert“ werden (S. 79). Offenbar scheint die Situation in den Depots doch nicht so gravierend negativ zu sein.

Wenn jedoch der Schluss gezogen wird, dass jahreszeitlich bedingte Schwankungen im Klima der Depots bei der Konzeption von Ausstellungen berücksichtigt werden („Sommer- und Winterausstellungen“) ist dies schlicht falsch. Hier geht es nicht um die Depots, sondern um die Ausstellungsräume, die nicht klimatisiert sind, worauf dann bei der Ausstellungsplanung Rücksicht genommen wird.

Wir bitten um Klärung.

Die Kunstwerke müssen in den Depots ordnungsgemäß und sicher und ohne Risiko gelagert werden, anderenfalls wäre dies alleine schon aus versicherungstechnischen Gründen gar nicht zulässig.

Als mutig und unzulässige Interpretation empfinden wir die Schlussfolgerung der Gutachter, dass aufgrund der Depotsituation ein Risiko bestehe und dies auch Auswirkungen auf die

Bereitschaft von potenziellen Leihgebern habe. Nochmals: Wenn, geht es um die Ausstellungsräume, nicht aber um die Depots.

Wir bitten daher um Aufklärung, ob es Erkenntnisse gibt, dass die Situation in den Ausstellungsräumen tatsächlich solche Auswirkungen hat und sich somit die Schlussfolgerung im Gutachten bestätigen lässt.

S. 79:

Ein erhebliches Einsparpotenzial im Museum soll durch den Abbau von Personalkosten erzielt werden. Entsprechende Potenziale lassen sich aber nur generieren, wenn die umzusetzenden Mitarbeiter freiwerdende Stellen in der Kernverwaltung besetzen. Dies setzt voraus, dass gleichwertige Stellen mit entsprechendem Anforderungsprofil vorhanden sind. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass auch nach Schließung des Museums, aber bei Fortführung des Schlosses Personal vorzuhalten ist (z.B. Hausmeister, Personal für die Bewirtschaftung), das heute Teil des Personals des Teilbetriebs ist.

Aus unserer Sicht gibt es erhebliche Zweifel an tatsächlich möglichem Einsparpotenzial.

Hier ist eine realistische Brutto-/Netto-Betrachtung vorzunehmen, diese nicht nur in Bezug auf das Personal, sondern in Bezug auf alle Aufwandsarten. Uns erscheint das Einsparpotenzial in Höhe von fast 800.000 € deutlich zu hoch und nicht nachvollziehbar.

S. 80:

Leider ist es so, dass es bereits seit 12 Jahren aus Kostengründen keinen Ankaufetat mehr gibt. Daraus aber den Schluss zu ziehen, dass man sich mit Schenkungen abgibt, die man gar nicht haben möchte oder die die Konsistenz der Sammlung gefährden („passives Sammeln nach dem Zufallsprinzip“) halten wir für nicht akzeptabel, da der hohe und überregional anerkannte Qualitätsstandard des Museums mal eben in Abrede gestellt wird.

Ebenso gewagt ist die Aussage, dass die Leverkusener Bevölkerung eine Schließung des Museums nicht als Verlust wahrnehme, da ein großer Teil der Sammlung ohnehin nicht sichtbar sei.

Hierzu erbitten wir Auskunft darüber, welche Werke wann in welcher Weise in den letzten Jahren zu sehen waren. Ferner ist die Situation mit anderen vergleichbaren Museen darzulegen, ob es sich hier tatsächlich um eine so ungewöhnliche Vorgehensweise handelt, wenn sie denn überhaupt zutrifft – bei einem Museum ohne Dauerausstellung.

Darüber hinaus bitten wir um Einschätzung, inwieweit eine Dauerausstellung von Werken unserer Museumssammlung tatsächlich zu einer dauerhaften Steigerung von Interesse und Besucherzahlen führen kann. Ist es nicht vielmehr so, dass die wechselnden Ausstellungen mit unterschiedlicher Fokussierung die Attraktivität und Aufmerksamkeit ausmachen bzw. erhöhen?

S. 83:

Ganz wesentlicher Grund für die Empfehlung, das Museum zu schließen, scheint ja der Zustand der Depoträume zu sein. Es wird auf „einen hohen Zuschussbetrag und einer

einmaligen Investition in die Depoträume“ gesprochen. Wir haben bereits auf widersprüchliche Aussagen zu den Depoträumen hingewiesen.

In diesem Zusammenhang vermuten wir, dass die Gutachter schlicht etwas falsch verstanden haben. Im seinerzeitigen Kulturentwicklungsplan wurde einmal als Ziel definiert, mit einem Erweiterungsbau die Ausstellungsfläche zu vergrößern. Dies wird offenbar als „Depotproblematik“ deklariert, die es aber aus unserer Sicht gar nicht gibt.

Wir bitten um Aufklärung zu diesem Sachverhalt.

S. 83:

Es wird empfohlen, die Sammlung an andere Museen der Region abzugeben oder zu veräußern. Mal abgesehen davon, dass hier, zumindest in absehbarer Zeit, in Bezug auf eine Veräußerung der Gesetzgeber durch das Kulturschutz-Gesetz einen Riegel vorschieben könnte, verbleibt die Unsicherheit, wie mit Werken umgegangen werden kann, die gezielt und ausdrücklich dem Museum Morsbroich als Schenkung übereignet wurden.

Wir bitten um Aufklärung zu dieser sicherlich prekären, auch rechtlichen Situation.

Musikschule:

S. 28, Tabelle 6:

Ausweislich der Tabelle wird für das Jahr 2013 ein Kostendeckungsgrad der Musikschule von 48 % erreicht. Hier gilt das gleiche wie für das Museum: Das reale Ergebnis für 2014 (und zwischenzeitlich für 2015) fehlt.

Wie kommt auch hier der deutliche Rückgang in den Prognose-Ergebnissen zustande?

Anmerkung: Es gibt einen Ratsbeschluss zum Kostendeckungsgrad bei der Musikschule von 25 %. Dieser wird offenbar mehr als übererfüllt.

S. 70:

Interessant ist der Vergleich der Musikschule Leverkusen mit anderen Musikschulen in der Region. Bildet man hier Kennzahlen, so zeigt sich, dass in Leverkusen 44 Schüler auf einen Lehrer kommen, in den Vergleichskommunen liegt die Anzahl zwischen 25 und 35 und damit deutlich niedriger. Auch bei der Kennzahl der Jahreswochenstunden liegt Leverkusen an der Spitze mit gut 15 Stunden, während beispielsweise Dormagen nur auf etwas über 10 Stunden kommt.

Als Fazit für uns lässt sich daraus nur ableiten, dass in der Musikschule Leverkusen bereits in der Vergangenheit erhebliche Einsparpotenziale generiert worden sind.

S. 93:

Die Gutachter kommen hier zu der Aussage, dass die „bisherige Ausweitung der Anzahl der Honorarverträge in der Wahrnehmung des Teilbetriebs zu negativen Entwicklungen geführt habe“. Dies wird im Folgenden weiter ausgeführt. Interessant ist, dass trotzdem als

Handlungsempfehlung die deutliche Ausweitung von Honorarkräften gegeben wird und dies ohne wesentliche Einschränkungen auf das Angebotsspektrum möglich sei.

Die Gutachter lassen dabei die aufgeführten negativen Erfahrungen und Entwicklungen völlig außer Acht. Sie beschränken sich auf eine rein kostenmäßige Betrachtung, mögliche, mindestens mittelfristige Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit, die Schülerfrequenz und damit auf die Kostensituation werden nicht beachtet.

Aus unserer Sicht wird damit der wichtigen Bildungsarbeit der Musikschule nicht Rechnung getragen. Wir halten diese Vorgehensweise für absolut unzulässig. Eine nennenswerte weitere Erhöhung von Honorarkräften kann daher keine Lösung sein. Inwieweit ein öffentlicher Arbeitgeber überhaupt solchen grundsätzlich prekären Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten sollte, ist darüber hinaus zu diskutieren.

Kulturbüro:

S. 39/40:

In diesem Absatz wird einerseits angesprochen, dass seit 2011 der Zuschuss an die Westdeutsche Sinfonia Leverkusen in Höhe von 10.000 € gekürzt und diese Mittel durch „eine andere Gesellschaft innerhalb des Konzerns Stadt Leverkusen“ kompensiert worden ist.

Andererseits wird auf einer Erhöhung eines Zuschusses an die WSL in einer Größenordnung bis max. 25.000 Euro verwiesen. Es ist sachlich falsch, dass dieser Zuschuss auf dem Umweg über die Erhöhung der Theaterentgelte zu erzielen ist (wenn überhaupt wären es Konzertentgelte). Vielmehr wurde seinerzeit entschieden, die Eintrittspreise für die Konzerte der WSL je Besucher um 10 € zu erhöhen und darüber die Finanzierung sicherzustellen (4 Konzerte/ Jahr/ á 650 Besucher/innen à + 10 Euro = 26.000 Euro).

S. 74/75:

Wir begrüßen, dass KPMG offenbar den Fortbestand der Jazztage befürwortet. Die CDU-Fraktion wird unter allen Umständen an dieser für unsere Stadt so wichtigen Veranstaltung festhalten.

Zugleich ist für uns allerdings der Hinweis in Bezug auf „Streichung des Zuschusses in Höhe von 55.600 € zu den Leverkusener Jazztagen“ nicht nachvollziehbar. KSL zahlt keinerlei Zuschuss für diese Veranstaltung, vor diesem Hintergrund kann auch keine Streichung vorgenommen werden. Der „Zuschuss“ zu den Jazztagen erfolgt durch die WGL über Sponsoring. Sollte das Unternehmen diesen Sponsorbetrag streichen, käme es folglich zu einer Einsparung dort, nicht aber bei der KSL. Bereits in der Sondersitzung von Betriebsausschuss und Finanzausschuss wurde dieser Umstand kritisch angemerkt und aus unserer Sicht nicht beantwortet. Immerhin handelt es sich um eine von drei zentralen Handlungsempfehlungen.

Wir bitten hier dringend um Erläuterung und Klarstellung.

Fazit:

Einige der vorangestellten Sachverhalte sind für sich genommen vielleicht weniger gravierend. Es gilt aber die Gesamtschau zu betrachten. Und da fällt auf, dass

handwerkliche Fehler, falsche oder zumindest fragwürdige Annahmen und vor allem teils sehr „mutige“, nicht belegte Schlussfolgerungen das Vertrauen in die Solidität und Qualität dieses Gutachtens nicht stärken.

Dabei wäre Vertrauen in die Handlungsempfehlungen die wesentliche Voraussetzung für die der Politik abverlangten fundamental wirkenden Entscheidungen.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Eimermacher', written in a cursive style.

Thomas Eimermacher
(Fraktionsvorsitzender)